VR-05-093 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Peter Seimer (KV Böblingen)

Änderungsantrag zu VR-05

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:
in Arbeit. Studien zeigen, dass Menschen beim Bürgergeld oft so viel von ihrem zusätzlichen Einkommen abgeben müssen, dass sich Mehrarbeit kaum lohnt. Insbesondere für kinderreiche Familien ist der Unterschied beim verfügbaren Einkommen zwischen Familien im Bürgergeldbezug und arbeitstätigen, aber einkommensschwachen Familien mitunter nur sehr gering.
Es ist auch festzuhalten, dass dies nur für wenige Fälle gilt. Und dennoch gibt es diese Fälle, die bei vielen Menschen, auch bei uns, ein Störgefühl erzeugen. Nicht aus Neid oder Missgunst, sondern weil der Grundsatz „wer arbeitet muss mehr haben, als wer Grundsicherung bezieht“ in diesen Fällen fast nicht mehr gilt.
Es gibt verschiedene Stellschrauben, an denen man ansetzen kann:
Die Hauptursache des Problems liegt jedoch darin, dass das elementare Bedürfnis „Wohnen“ in vielen Regionen, einen sehr großen Teil des (zu niedrigen) Einkommen vieler Menschen förmlich auffrisst. Die Schlussfolgerung darf aus unserer Sicht kein „nach-unten-treten“ sein oder unsere Gesellschaft zwischen „die da unten“ und „die da oben“ zu spalten. Schlussfolgerung muss sein, dass ein elementares Grundbedürfnis wie „Wohnen“ wieder bezahlbarer für alle wird.
Eine weitere Erhöhung von Sozialleistungen, bspw. durch ein noch höheres Wohngeld, wäre deshalb zwar ebenfalls denkbar, liefert am Ende aber nur Symptombekämpfung.

Begründung

Unabhängig von den konkreten Instrumenten zur Problemlösung: Es ist wichtig, dass das Problem "Mehrarbeit lohnt sich kaum" mit konstruktiven Lösungsvorschlägen in der öffentlichen Debatte angegangen wird, ohne im Unterbietungswettbewerb nach unten mitzumachen. Denn in der öffentlichen Debatte werden leider nur die konservativen Rufe nach massiven Kürzungen wahrgenommen. Deshalb müssen wir Grüne dieses Störgefühl aufgreifen und echte Lösungsvorschläge in die öffentliche Debatte einbringen, damit die Ursachen angegangen werden und nicht nur Symbolpolitik auf dem Rücken einer stigmatisierten Gruppe ausgetragen wird.

weitere Antragsteller*innen

Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Peter Schober (KV Leipzig); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Niklas Moritz Nüssle (KV Waldshut); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Henrik Schmidt-Heck (KV Roth); Petra Sander (KV Karlsruhe); Eliane Drömer (KV Starnberg); Sabrina Brumme (KV Leipzig); Jasmin Ateia (KV Lörrach); Ferdinand Moors (KV Leipzig); Felix Krohner (KV Dresden); Adrian Rönitzsch (KV Kurpfalz-Hardt); Paul Widera (KV Berlin-Neukölln); Michael Joukov (KV Ulm); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.